



Medienmitteilung

Datum 06.11.2008

Gemeinsame Bewältigung des Anstiegs der Asylgesuche

Gestern Abend hat sich Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf mit Vertretern der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) und der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) getroffen. Die Vorsteherin des Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat sich bereit erklärt, den Kantonen die Mehrausgaben bei der Betreuung von Asylsuchenden für das Jahr 2008 abzugelten. Es handelt sich um einen Betrag in der Höhe von rund 25 Millionen Franken.

Diese Mehrausgaben der Kantone fielen an, weil der Bund seinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte. Bei einem starken Anstieg der Asylgesuche ging der Bund davon aus, dass er die Asylsuchenden während mindestens sechs Monaten in zusätzlichen Unterkünften selbst betreuen kann. Die Kantone hätten somit genügend Zeit gehabt, weitere Unterkünfte zu öffnen und das notwendige Betreuungspersonal zu rekrutieren. Da die dafür vorgesehenen Lokalitäten des Bundes jedoch nur in sehr beschränktem Ausmass zur Verfügung stehen, müssen somit die Kantone die Unterkünfte für die steigende Zahl der Asylsuchenden selbst bereitstellen.

Diese Erfahrungen zeigen, dass die Kantone wie früher in die Lage versetzt werden müssen, sich auf Schwankungen bei den Gesuchseingängen vorzubereiten. Wie dieser Aufwand in Zukunft abzugelten ist, wird noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen Bund und Kantonen sein. Für die Bewältigung der aktuellen Situation haben sich die Parteien auf einen Betrag von rund 25 Millionen Franken pro Jahr geeinigt. Dieser Betrag gilt so lange, bis ein neues Verhandlungsergebnis vorliegt. Die Auszahlung erfolgt rückwirkend ab 1. Juli 2008.

Medienmitteilung • **Gemeinsame Bewältigung des Anstiegs der Asylgesuche**

Zudem sollen im Jahr 2009 die Auswirkungen des neuen Finanzierungssystems und die Höhe der Globalpauschale, welche mit der letzten Asylgesetzrevision eingeführt wurden, analysiert werden. Dieser Frage wird sich der kürzlich eingesetzte Fachausschuss „Asylverfahren und Unterbringung“ annehmen.

Kontakt/Rückfragen:

- Brigitte Hauser-Süess, Informationsdienst EJPD, Tel. +41 31 322 40 90
- Margrith Hanselmann, Generalsekretärin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), Tel. +41 31 320 29 95
- Roger Schneeberger, Generalsekretär der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), Tel. +41 31 318 15 05